

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Inseratenstopp**

eingebracht in der 20. Sitzung des Nationalrates, XXV. GP, am 24. April 2014 im Zuge im Zuge der Behandlung der Dringlichen Anfrage betreffend Zukunftsraub wegen Hypo-Desaster: keine Budgetkürzungen bei Bildung, Wissenschaft und Forschung

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur hat laut Meldung an die RTR im Jahr 2013 über drei Millionen Euro für Medienkooperationen und Werbeaufträge ausgegeben, die somit dem Budget, das für die Ausbildung unserer Kinder notwendig ist, entzogen worden sind. Allein die Zeitung „Österreich“ erhielt 278.202,72 Euro.

Nun sind Pläne bekannt geworden, dass das Unterrichtsministerium 2014 57 Millionen und 2015 60 Millionen einsparen will. Ein Hauptteil davon sollte – zumindest noch bis Ende letzter Woche per Verordnung festgelegt – durch höhere Klassenschülerzahlen und damit auf Kosten der Bildung eingespart werden. Konkrete Einsparungspläne bei den Medienkooperationen und Werbeaufträgen wurden hingegen nicht genannt.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Bildung und Frauen wird aufgefordert, bis auf weiteres keine Medienkooperationen und Werbeaufträge zu vergeben.“

